



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### IX. Legislaturperiode

**Sitzung Nr. 19** vom 28. August 2006

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 bis 21.50 Uhr

---

**Leitung:** E. Kohl

**Anwesend:** 33 Mitglieder

**Abwesend:** F. Dietiker, A. Eichenberger, B. Jost, U. Kunz, M. Martig, M. Metz,  
R. Moll

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 19. Sitzung vom 26. Juni 2006 wird genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Esther Kohl Seyfert

Brigitte Christen

### Mitteilungen der Präsidentin

*E. Kohl* begrüsst alle Anwesenden, insbesondere das in der SVP-Fraktion für Christoph Meier nachrückende Mitglied Urs Peter Moos.

Die Stimmzähler setzen sich wie folgt zusammen: G. Löhr, SP, E. Riem, SVP und J. Humbel, FDP, welcher jeweils das Abstimmungsresultat ermitteln wird.

Gemeindepräsident C. Simon hat zugesichert, dass die Vorlage Revision des Personalreglements an der September-Sitzung unterbreitet wird.

In den Medien war zu lesen, dass Binningen unter den Topsten der attraktivsten Schweizer Städte rangiert. Sie hofft, dass dies nicht zuletzt auch aufgrund der Politik und der gut funktionierenden Verwaltung so bleibt.

Das Büro hat beschlossen: Nach der nun folgenden Präsentation durch den Experten des Planungsbüros findet zur räumlichen Entwicklungsstrategie keine Diskussion statt.

### Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

Interpellation von M. Bolleter, FDP: Zur Einführung der Tempo 30-Zonen in Binningen (Gesch. Nr. 125).

Vom Interpellanten wird kein Wortbegehren gestellt.

### Traktandenliste:

### Gesch. Nr.

- |    |  |     |
|----|--|-----|
| 1. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.8.2006:<br>Ortsplanungsrevision: Räumliche Entwicklungsstrategie (RES)  | 121 |
| 2. | Antrag des Gemeinderats vom 4.7.2006:<br>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008   | 120 |
| 3. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.8.2006:<br>Investitionsbeitrag von CHF 200'000 als Unterstützung der Wärmeversorgung Binningen AG (WBA) für den Leitungsbau (Netzverbund) zur Steigerung des Einsatzes von erneuerbarer Energie | 123 |
| 4. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.8.2006:<br>Liberalisierung der Feuerungskontrolle, Änderung des Reglements über die Öl- und Gasfeuerungskontrolle vom 18.1.1993   | 124 |
| 5. | Bericht / Empfehlungen der GRPK vom 14.8.2006:<br>Inspektionsbericht zum Thema Spitex  | 122 |
| 6. | Stellungnahme bezüglich Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 8.8.2006:<br>Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Für sicheres Überqueren der Hauptstrasse zur Gemeindeverwaltung   | 114 |
| 7. | Diverses   |     |

**Traktandum 1****Geschäft Nr. 121**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.8.2006:

**Ortsplanungsrevision: Räumliche Entwicklungsstrategie (RES)**

R. Michelin vom beauftragten Planungsbüro zeigt die Schwerpunkte der Strategie auf. Sie hat keine rechtliche Verbindlichkeit. Über alle konkreten Änderungen wird der Einwohnerrat im Einzelnen beschliessen müssen. Bei dieser Planung kann die Gemeinde Binningen nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist auch die Umgebung einzubeziehen. Ein Hauptziel ist es, die Bevölkerungszahl sowie die hohe Wohnqualität zu erhalten. Ein wichtiges Thema ist auch der Verkehr sowie der Natur- und Landschaftsschutz. Die Bauzonen sollen grundsätzlich nicht verändert werden. Überhaupt soll behutsam vorgegangen werden.

Eintreten:

**Grüne:** *M. Schmidli* äussert sich erfreut über die Vorlage. Unterschiedliche Zielsetzungen und die Abhängigkeiten untereinander werden darin aufgezeigt. Es treten auch Widersprüche zu Tage, z. B. wie können die guten Steuerzahler/innen angelockt, eine ausgewogene soziodemografische Durchmischung bewahrt und gleichzeitig die Umwelt geschont werden. Die Unterlagen ermöglichen eine Gesamtschau. Inhaltlich ist ihre Fraktion mit der Vorlage grösstenteils einverstanden.

**CVP:** *A. Achermann* dankt allen Beteiligten für die umfassende Grundlagenarbeit. Es liegt in der Natur der Sache, dass darin - je nach Sicht - positive oder negative Elemente enthalten sind. Die vermittelte Gesamtschau ist wertvoll und wird von seiner Fraktion befürwortet.

**FDP:** *M. Bolleter:* Der Bericht beinhaltet viele gute Ideen, Visionen und Informationen. Auch wenn das Strategiepapier keine Verbindlichkeit hat, noch vieles geprüft werden muss, bevor im Rat Beschlüsse gefasst werden, so hat seine Fraktion doch intensiv diskutiert, ob der Bericht genehmigt oder zur Kenntnis genommen werden soll. Es wird befürchtet, dass die Genehmigung einzelner Punkte zu Missverständnissen führen kann, indem sie dann fast schon in Stein gemeisselt sind. Anzumerken ist, dass auch mehrfach im Text andere Aussagen gemacht werden als im Plan dargestellt. Aus diesem Grund stellt er den Antrag, dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird, andernfalls sähe sich seine Fraktion gezwungen, diverse Änderungsanträge zu stellen.

**SVP:** *M. Trautwein* schliesst sich dem Dank der Vorredner an sowie den grundsätzlichen Feststellungen von M. Bolleter. Seine Fraktion hat noch diverse zu konkretisierende Punkte, welche in der Detailberatung eingebracht werden.

**SP:** *G. Köhler* lobt den Bericht als klar, übersichtlich und gut leserlich. Auch der soziale Aspekt ist berücksichtigt worden. Positiv ist zudem, dass die Themen Umwelt und Verkehr sorgfältig behandelt werden. Es geht heute um die prinzipielle Frage, ob in die vorgeschlagene Richtung gegangen werden soll, was seine Fraktion klar befürwortet.

**FDP:** *M. Ziegler* wünscht, dass über den Antrag von M. Bolleter, dass der Bericht zur Kenntnis genommen anstatt genehmigt wird, abgestimmt wird.

**SP:** *S. Zürcher* bittet den Rat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und den Bericht zu genehmigen. Es scheint ihm wichtig, dass das Parlament dem Gemeinderat grundsätzlich signalisiert, ob es die Strategie unterstützt. Dies bedeutet keineswegs, dass über einzelne Punkte nicht noch Beschlüsse zu fassen sind.

**SVP:** *M. Trautwein:* Beim Mitwirkungsverfahren war die BPK miteinbezogen. Es sind nicht weniger als 107 spezifische Anliegen eingeflossen, von denen der Einwohnerrat noch keine Kenntnis hat. Entgegen der früher geäusserten Meinung soll deshalb das Grundlagenpapier nur zur Kenntnis genommen werden.

**FDP:** *M. Ziegler:* Der Antrag bedeutet nicht, dass bei dessen Annahme über das Strategiepapier keine Diskussion geführt werden soll und widerspricht daher nicht der Auffassung von S. Zürcher. Er verweist darauf, dass auch der strategische Entwicklungs- und Finanzplan nur zur Kenntnis-

nahme vorgelegt wird. Wenn doch das Geschäft 121, wie mehrfach betont wurde, keine Verbindlichkeit hat, gibt es s. E. nichts zu genehmigen.

**Grüne:** *R. Bänziger* erwähnt, dass in der BPK bereits intensive Diskussionen zur räumlichen Entwicklung geführt worden sind. Eine Genehmigung hat den höheren Stellenwert. Somit wäre es eine Abwertung der geleisteten Arbeit aller Beteiligten, wenn die Vorlage nur zur Kenntnis genommen würde.

**CVP:** *A. Achermann* stellt den Ordnungsantrag, das Geschäft regulär an die BPK zu überweisen. Diese könnte ihre Überlegungen zu den vielen einzelnen Punkten in einem Bericht darlegen und dem Plenum unterbreiten.

**SP:** *T. Rehmann* ist sehr erstaunt über den Meinungswechsel und den Antrag der Bürgerlichen, waren sie es doch, die vor Kurzem darauf hinwiesen, dass die Strategie zu genehmigen sei. Nach ihrer Auffassung ist die politische Diskussion später zu führen, wenn die Zonenpläne usw. konkret zu beschliessen sind.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *A. Schuler* vergleicht die Vorlage mit dem so genannten KORE, dem Konzept zur räumlichen Entwicklung Basel-Landschaft, welches vom Landrat auch genehmigt wurde, obwohl auch dieses keinen verbindlichen Charakter hatte. Sie würde es befürworten, wenn das Geschäft an die BPK überwiesen würde und heute keine lange Detailberatung stattfände.

**SP:** *S. Zürcher* plädiert für Überweisung an die BPK, deren Bericht dann im Rat diskutiert werden kann.

*Präsidentin E. Kohl* weist darauf hin, dass wenn der Antrag auf Kenntnisnahme angenommen wird, keine Änderungsanträge gestellt werden können. Sie lässt über den Antrag der FDP-Fraktion bezüglich Kenntnisnahme abstimmen.

**://: Die Abstimmung zum Antrag der FDP, den Bericht nicht zu genehmigen, sondern zur Kenntnis zu nehmen, ergibt 16 Ja bei 16 Nein. Die Präsidentin fällt den Stichentscheid, zugunsten des Antrags.**

**://: Der Antrag der CVP-Fraktion zur Überweisung des Geschäfts an die BPK wird mit 18 Ja, 9 Nein bei 5 Enthaltungen gutgeheissen.**

#### Detailberatung:

**SVP:** *M. Trautwein* bemerkt zu Seite 4, Visionen: Es fehlen Überlegungen zu alternativen ÖV-Möglichkeiten, wie U-Bahn, Schwebebahn usw. Die Aussage, dass keine Erweiterung der Bauzonen angestrebt wird, wird hingegen sehr unterstützt. Zu Seite 6 lit. c: Die Aussage, dass Binningen seine Planung auf ihre Aufgaben als Agglomerationsgemeinde zur Stadt Basel ausrichtet, missfällt seiner Fraktion. Binningen sollte das Augenmerk vor allem auf das eigene Kulturangebot und die eigenen Bedürfnisse richten.

**FDP:** *M. Ziegler* vermisst auf Seite 6, dass bei der Planung die Südumfahrung beim Verkehr nicht erwähnt ist.

**SP:** *A. Braun* hält dazu fest, dass der Gemeinderat sich klar dafür ausspricht, dass der Verkehr auf den Durchgangsstrassen nicht mehr wächst.

**FDP:** *P. Treuthardt* erachtet es als falsch, dass die Verbindung Neuweilerplatz - Kronenplatz als wichtige Achse für den Individualverkehr eingetragen ist. Es darf nicht sein, dass dort in Zukunft noch mehr Fahrzeuge zirkulieren.

**SP:** *S. Zürcher* entgegnet, dass diesbezüglich auf Seite 27 differenziert wird und dort hervorgeht, dass diese Achse nicht gleich gewichtet ist, wie die andere.

**FDP:** *W. Müller* sieht folgenden Widerspruch: Auf Seite 4 wird erklärt, die Bauzonen sollen nicht ausgeweitet werden und das Naherholungsgebiet soll erhalten bleiben; auf Seite 10 jedoch ist ersichtlich, dass das Gebiet Drissel zur ÖW-Zone werden soll. Bereits 1980 bestand diese Absicht. Das betroffene Quartier hat dagegen erfolgreich eine Initiative ergriffen. Die Umsetzung dieses Plans würde erneut auf Widerstand stossen.

**Grüne/EVP:** *B. Gürler* äussert sich zum Abschnitt S4 auf Seite 10, strategische Reserve Bruderholz: Die Zone soll unbedingt als nicht bebaubar erhalten werden. Das Gebiet muss langfristig als Grünzone erhalten bleiben.

**FDP:** *M. Ziegler* fragt betr. Auszonungen, welche Familiengärten entlang dem Dorenbach gemeint sind, ob es jene entlang dem Schiessplatz betrifft. Wenn ja, macht dies keinen Sinn; denn wenn der Schiessstand in absehbarer Zeit aufgehoben wird, wäre dies attraktives Bauland.

*Gemeinderätin A. Schuler:* Dies ist nicht der Fall. Vielmehr handelt es sich um einen schmalen Streifen Land mit einigen Schrebergärten darauf entlang dem Dorenbach und nicht um das Gebiet beim Allschwiler Weiher. Der erwähnte Abschnitt ist nicht erschliessbar, weshalb eine Überbauung ausser Betracht fällt.

**FDP:** *P. Treuthardt* befürchtet (Seite 13), dass im Neusatzgebiet zunehmend alte Häuser abgerissen werden und das Risiko besteht, dass verdichtet gebaut wird. Diesbezüglich fehlt ihm eine Strategie.

**SVP:** *M. Trautwein* zu Seite 14: Die Absicht für eine attraktive Gestaltung der Hauptstrasse mit einer guten Durchmischung von Dienstleistungen, Gewerbe und Wohnungen befürwortet seine Fraktion sehr. Gegen die bestehenden Quartierzentren ist nichts einzuwenden, weitere würden allerdings abgelehnt.

**FDP:** *M. Bolleter* weist auf einen Widerspruch hin. Auf Seite 16, Abs. S15, lit. c, Mischgebiete Arbeiten und Wohnen, entspricht nicht dem, was im Plan eingezeichnet ist. Seines Erachtens ist es falsch, wenn entlang der regionalen Verkehrsachsen zur Strasse hin orientierte Erdgeschosse ausschliesslich für Dienstleistungs- und Gewebnutzung vorbehalten bleiben sollen.

**SVP:** *M. Trautwein* bemerkt, dass seine Fraktion das "Stamm-Areal" gerne als reine Gewerbezone beibehalten würde.

**SP:** *S. Zürcher* möchte wissen, weshalb diese Ansicht vertreten wird.

**SVP:** *M. Trautwein* antwortet, dass auch Binningen eine reine Gewerbezone haben sollte.

**SP:** *G. Köhler* findet die Voten bemühend, denn alle geäusserten Einwände sind bereits in der BPK behandelt worden. Was hier stattfindet, ist Kommissionsarbeit.

*Präsidentin E. Kohl* weist darauf hin, dass die nicht in der BPK vertretenen Ratsmitglieder davon keine Kenntnis haben.

**SP:** *G. Köhler* ist der Ansicht, dass es Aufgabe der Kommissionsvertreter ist, die anderen Mitglieder zu informieren.

**SP:** *T. Rehmann* stellt fest, dass im Internet publiziert wurde, mit welchen Fragen sich die BPK auseinandergesetzt hat. Bisher sind keine neuen Aspekte eingeflossen, ausser dass der BPK-Präsident offenbar nicht über die Grenzen hinaus schauen will. Doch gerade dies ist der Sinn einer Strategie, dass der Blickwinkel erweitert wird.

**SVP:** *M. Trautwein* hält entgegen, dass er sich hier als Fraktionssprecher äussert.

**FDP:** *P. Treuthardt* zu Seite 18, S20, Gestaltung und Vernetzung der öffentlichen Aussenräume: Es müsste überlegt werden, welche Zonen man als "Stadtpärke" für andere Gemeinden, insbesondere für Basel inszeniert und somit eine Zentrumsfunktion übernimmt.

**SVP:** *M. Trautwein* vertritt die Fraktionsmeinung, dass dem Abfluss des Quartierverkehrs mehr Beachtung geschenkt werden müsste. Entsprechend sollten Sammelstrassen nicht in Tempo 30-Zonen integriert werden.

**FDP:** *M. Ziegler* erwähnt zu Seite 22, Verkehr, zur siedlungsorientierten Hauptstrasse, was ja möglichst wenig Verkehr bedeutet; gleichzeitig sollen die beiden Verkehrsachsen frei gehalten werden und ausserdem sollen Quartierstrassen, z. B. Neubadrain / Paradiesstrasse oder Benkenstrasse allein dem Quartierverkehr dienen. In der Hauptstrasse dürfen nicht noch mehr Hindernisse eingebaut werden, weil der Verkehr sonst zwangsläufig auf die Quartierstrassen ausweicht, beispielsweise auf die Paradiesstrasse. Dieser Aspekt müsste nochmals überdacht werden.

**SVP:** *M. Trautwein* zu Seite 26, V10 lit. c): Die oberirdische Tramverlängerung der Nr. 2 zur Linie 10/17 wird abgelehnt.

**FDP:** *P. Treuthardt* möchte den ohnehin zu teuren Ortsbus gestrichen haben und nur das Ruftaxi als Entlastung im Plan haben.

**SP:** *A. Braun* erwidert, dass diese Möglichkeit ausdrücklich zu prüfen wäre, wie vieles andere auch.

**SP:** *G. Köhler:* Es ist offen, wie sich gewisse Quartiere entwickeln werden und ob in ein paar Jahren die Bevölkerungsdichte neue Konzepte erfordert. Es müssen verschiedene Optionen offen bleiben.

**SP:** *T. Rehmann* ergänzt, dass im Mitwirkungsverfahren ein Ortsbus ausdrücklich von der Bevölkerung gewünscht worden ist.

**SVP:** *U. Rediger* nimmt das Stichwort "Stadtspark" im Votum von P. Treuthardt auf. Er legt Wert darauf, weiterhin als Landwirt und nicht als Parkwächter gesehen zu werden.

**://:** **Das Geschäft räumliche Entwicklungsstrategie wird zur Kenntnis genommen und an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

## Traktandum 2

Geschäft Nr. 120

Antrag des Gemeinderats vom 14.7.2006:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008**

Eintreten:

**SVP:** *U. Rediger* schlägt für diese Funktion Esther Riem vor.

Wahlergebnis: mit grossem Mehr

**://:** **Für die restliche Amtsperiode wird als stellvertretendes Mitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt: Esther Riem, SVP**

**Traktandum 3****Geschäft Nr. 123**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.8.2006:

**Investitionsbeitrag von CHF 200'000 als Unterstützung der Wärmeversorgung Binningen AG (WBA) für den Leitungsbau (Netzverbund) zur Steigerung des Einsatzes von erneuerbarer Energie**Eintreten:

**Grüne/EVP:** *R. Bänziger* ist erfreut über die Entwicklung der WBA und ihre Fraktion unterstützt selbstverständlich den Leitungsausbau. Auf diese Weise wird die WBA attraktiver für Private, weil die Anschlussgebühren sinken dürften und die Bereitschaft zunimmt, sich ans Netz anzuschliessen. Vielleicht sollte die WBA auch vermehrt auf ihr Angebot aufmerksam machen. Es wäre positiv, wenn nicht nur die Wärmegewinnung sondern die Wärme-/Kraftkoppelung zum Einsatz käme. Eine Holzschnitzelverbrennungsanlage würde in diesem Zusammenhang begrüsst. Dem Gemeinderat wird an dieser Stelle für sein umweltpolitisches Engagement gedankt.

**CVP:** *S. Bräutigam* hält fest, dass auch ihre Fraktion dem Investitionsbeitrag zustimmen wird. Bestimmt wird die WBA künftig den Einsatz von weiteren Möglichkeiten zur Gewinnung erneuerbarer Energie ausschöpfen und auch den Anschluss an das Fernwärmenetz der Stadt Basel prüfen.

**FDP:** *G. Metz* schliesst sich den Vorrednerinnen an. Je besser die Anlage vernetzt ist, desto eher wird es in Zukunft möglich sein, nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch interessante Varianten zu realisieren.

**SVP:** *F. Gerber:* Binningen als Hauptaktionärin kann sich glücklicherweise diese Investition in die Zukunft problemlos leisten. Alternativen sind im Hinblick auf die steigenden Ölpreise heute besonders gefragt. Seine Fraktion wird dem Antrag überzeugt zustimmen.

**SP:** *G. Löhr* erklärt ebenfalls Zustimmung zur Vorlage. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass die WBA noch etwas offensiver vorgehen dürfte.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *A. Mati* ist erfreut über die vorbehaltlose Befürwortung des Kredits. Bei der Vorbereitung des Geschäfts hatte der Gemeinderat Gelegenheit, sich über Stand und Ausbaupläne der WBA im Zusammenhang mit dem Energieprogramm des Bundes zu informieren und diese mit den politischen Zielsetzungen der Gemeinde zu überprüfen. Es wurde der Wunsch geäussert, die WBA sollte noch mehr investieren. Der Ausbau soll jedoch massvoll geschehen und in Koordination mit Neubauten, beispielsweise im Gebiet Schafmatten. Die WBA geht seit einiger Zeit etwas offensiver vor.

Detailberatung: keine Wortmeldungen

Einstimmig wird beschlossen:

**://: Für die WBA wird ein Investitionsbeitrag von CHF 200'000.— für die in der Talsohle nötigen Leitungsbauten zur Realisierung des Netzverbundes beschlossen.**

**Traktandum 4****Geschäft Nr. 124**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.8.2006:

**Liberalisierung der Feuerungskontrolle, Änderung des Reglements über die Öl- und Gasfeuerungskontrolle vom 18.1.1983**Eintreten:

**CVP:** *K. Amacker* signalisiert, dass ihre Fraktion die Liberalisierung gutheissen wird. Die vorsichtige Vorgehensweise erscheint angebracht. Die Möglichkeit des Wechsels von einem unabhängigen Kontrolleur der Gemeinde an kundenschaftsabhängige Servicebetriebe ist nicht ganz ohne Risiko für die Umwelt. Es ist klug, dass die Erstkontrolle durch einen beauftragten Kontrolleur und die Überprüfung dieser Liberalisierung nach zwei Jahren vorgesehen ist. Zu überlegen wäre, ob nicht auch die Holzfeuerungen in die Kontrolle miteinbezogen werden müssten.

**SP:** *S. Zürcher* erwähnt, dass seine Fraktion gerade den umgekehrten Gedankengang hatte, nämlich wie es denn ist, wenn derjenige, welcher einem eine neue Heizung verkaufen will, feststellt, dass sie nicht mehr tauglich ist. Grundsätzlich werden die Liberalisierung und die Überprüfung nach zwei Jahren Erfahrung begrüsst.

**SVP:** *U. Rediger* teilt die Bedenken von *S. Zürcher* nicht. Der Schritt war längst fällig. Allenfalls wären Stichproben angezeigt. Die Fraktion stimmt der Änderung zu.

**FDP:** *M. Ziegler* ist ebenfalls der Auffassung, dass die amtliche Kontrolle auch weiterhin besteht. Wenn Bedenken gegenüber einer privaten Firma aufkommen, so kann die staatliche Stelle immer noch zugezogen werden. Deshalb kann der Vorlage ohne Einschränkung zugestimmt werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** entfällt.Detailberatung: keine Wortmeldungen

Einstimmig wird beschlossen.

**://: Die Revision des Reglements über die Öl- und Gasfeuerungskontrolle vom 18. Januar 1993 wird genehmigt und tritt auf den 1. Oktober 2006 in Kraft.**

**Traktandum 5****Geschäft Nr. 122**

Bericht der GRPK vom 14.8.2006:

**Inspektionsbericht zum Thema Spitex**

*Subkommissionspräsidentin V. Dubi* fasst stellvertretend zusammen, dass die Spitex in Binningen ein hohes Niveau hat. Das Personal ist gut ausgebildet, der Telefondienst ist bestens ausgebaut. Dieser Service ist jedoch auch relativ teuer. Es soll nun trotzdem nicht Leistungsabbau betrieben werden. Möglicherweise können künftig durch Neuerungen, andere Einteilungen bzw. durch den Einbezug weiterer Organisationen die Effizienz gesteigert werden. Dem Gemeinderat sind Anregungen in Form von Empfehlungen unterbreitet worden. So sollte z. B. versucht werden, die Spitex noch besser in der Gemeinde zu verankern. Es ist offensichtlich zu wenig bekannt, dass die Spitex als Verein organisiert ist und Mitglieder braucht. Mit dem Bau des neuen Alters- und



Pflegeheims, in welches auch die Spitex räumlich integriert wird, sind die Synergien zu optimieren. Kosten könnten vermutlich bei der Organisation durch EDV-Unterstützung und/oder durch einen kleineren Fahrzeugpark gesenkt werden. Es soll auch überprüft werden, ob das Eigenkapital nicht zu hoch ist und eher für den Betrieb zu verwenden ist. Betroffen macht die Tatsache, dass es offensichtlich überaus schwierig ist, kompetente Vorstandsmitglieder zu rekrutieren.

#### Eintreten:

**FDP:** *M. Ziegler:* Das Thema Alter wird die Politik in Zukunft stark beschäftigen. Tatsächlich kommt heute pro vier Erwerbstätige ein/e Rentner/in. Statistisch gesehen wird bis im Jahr 2050 das Verhältnis auf 1 : 1 sinken. Auch wenn tendenziell die Bevölkerung gesünder ist als früher, müssen immer mehr Betagte von immer weniger Personen gepflegt werden. Es ist heute notwendig, die Weichen richtig zu stellen. Optimierungs- und Effizienzpotenzial muss zwingend ausgeschöpft werden. Der Bericht kommt zu einem positiven Fazit. Allerdings leistet sich Binningen eine der teuersten Spitex-Organisationen im Kanton. Wünschenswert wäre gewesen, wenn im Bericht vermehrt auf das Synergiepotenzial im neu entstehenden Pflegeheim eingegangen worden wäre. Seine Fraktion unterstützt die Empfehlungen an den Gemeinderat. Es wäre in Betracht zu ziehen, die notwendige EDV-Anlage mit der Entnahme aus den vorhandenen Reserven anzuschaffen.

**SP:** *A. Braun* dankt für den umfassenden und aussagekräftigen Bericht. Die Tatsache, dass Binningen über eine professionelle Spitex verfügt, ist erfreulich. Zu erwähnen ist, dass sie auch gut berät. Die Fraktion stellt mit Befriedigung fest, dass wenig Aushilfspersonal angestellt ist. Der Service ist zwar teuer, doch darf nicht vergessen werden, dass damit noch höhere Kosten im Alters- und Pflegeheim eingespart werden. Im Zuge der Lastenumverteilung von Bund auf Kantone und Kommunen werden die Anforderungen an die Gemeinde noch steigen. Es ist deshalb wichtig, dass im Vorstand kompetente Leute Einsitz nehmen, was offenbar ein Problem darstellt.

**SVP:** *U. Schaub* bedankt sich ebenfalls für den informativen Bericht. Seiner Fraktion sind nebst positiven Aspekten besonders folgende Schwachpunkte aufgefallen: der enorme Mitgliederschwund, die hohen Personalkosten, die Auflösung von Legat, Wertschriften und Sozialfonds. Eine transparentere Bilanz und Jahresrechnung wäre wünschenswert ebenso eine Änderung der Betriebsstruktur anlässlich des Umzugs in den Schlossacker.

**CVP:** *K. Amacker:* Die Bestrebungen, die Spitex von einem soliden Betrieb in eine innovative Zukunft zu führen, werden von ihrer Fraktion befürwortet. Bezüglich Vermögen ist hervorzuheben, dass dieses noch gleich hoch ist, wie bei der damaligen Umstrukturierung von den kirchlichen Organisationen in die heutige Spitex. Die Gemeindesubventionen wurden demnach immer für den Betrieb verwendet. In Zukunft soll mit einem formulierten Leistungsziel im entsprechenden -auftrag der Zusammenhang zwischen qualitativer Spitex-Betreuung und der Pflege zu Hause bei Krankheit und Unfall aufgezeigt werden. Die höhere Lebensqualität in einer schwierigen Situation ist allerdings nicht in Franken messbar.

**Grüne/EVP:** *B. Gürler* lobt den ausführlichen Bericht. Die abgegebenen Empfehlungen der GRPK werden weitgehend unterstützt. Der Spitex-Vorstand ist im Zusammenhang mit den anstehenden komplexen Veränderungen sehr gefordert. Es erstaunt daher nicht, dass es für solche ehrenamtlichen Aufgaben immer schwieriger wird, Leute zu finden. Wichtig ist, dass die fachkompetente Arbeit gewürdigt wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. In Binningen geniesst die Spitex einen guten Ruf. Diese Aufgabe ist oft schwierig und belastend, werden doch Kranke immer früher aus dem Spital entlassen und nehmen die psycho-geriatrischen Fälle zu. Die Spitex-Betreuer/innen sind häufig mit depressiven, verwahrlosten oder vereinsamten Menschen konfrontiert. Deshalb ist gut ausgebildetes Personal wichtig. Die Auflösung des Spezialfonds würde ihre Fraktion bedauern. Ist die Existenz dieses Fonds in der Bevölkerung und beim Sozialdienst überhaupt bekannt? Ist das Personal informiert? Gibt es eine Broschüre, welche abgegeben werden kann?

**SVP:** *M. Trautwein:* Der gute Ruf und die guten Leistungen der Spitex, welche eine wichtige Aufgabe wahrnimmt, werden nicht bestritten. Dass Reklamationen selten sind, kann auch daher rühren, dass ältere Menschen schneller resignieren, zudem stehen sie in einem Abhängigkeitsverhältnis. So weiss er beispielsweise, dass häufiger Personalwechsel von den Betreuten nicht geschätzt wird.

Wer diese Aufgabe ausüben will, muss sich vorher bewusst machen, dass die privaten Räumlichkeiten nicht einem Spital entsprechen und die Kranken oft angeschlagen sind.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *H. Ernst* bittet, ihr zusätzliche Fragen in diesem Zusammenhang schriftlich zu stellen, damit sie darauf eingehen kann. Die Empfehlungen werden Ernst genommen und umgesetzt. Im Übrigen wird in der Vorlage zum Pflegeheimbau auf die Synergien eingegangen werden. Die Spitex ist eine Gemeindeaufgabe. Es stellt sich daher die grundsätzliche Frage, ob die Form des Vereins noch adäquat ist. Sie möchte die Ratsmitglieder mit entsprechenden Kenntnissen ermuntern, sich für die Arbeit im Vorstand zu melden.

**://: Die Empfehlungen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission werden genehmigt und der Gemeinderat ersucht, Bericht zu erstatten.**

#### Traktandum 6

Gesch. Nr. 105

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 8.8.2006:

**Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Für sicheres Überqueren der Hauptstrasse zur Gemeindeverwaltung**

Eintreten:

**SP:** *D. Gorba* dankt dem Gemeinderat für die erste Stellungnahme und die Bereitschaft, das Anliegen zu behandeln. Es geht nicht nur um die sichere Überquerung der Hauptstrasse für Velofahrende, sondern nicht zuletzt auch für Betagte und Behinderte.

Mit 31 Ja bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: Das Postulat "Für sicheres Überqueren der Hauptstrasse zur Gemeindeverwaltung" wird an den Gemeinderat überwiesen.**

#### Traktandum 7

##### Diverses

*Präsidentin E. Kohl* benützt die Anwesenheit, dem ehemaligen Mitglied Hans Senn noch sein Abschiedsgeschenk zu überreichen.